

054.1 - CA/pa

Wien, den 26. Juni 1979

Besuch von Herrn Staatssekretär A. Weitnauer  
in Wien, in Begleitung der HH. Botschafter  
J. Iselin und E. Brunner (25./26. Juni 1979)

### N o t i z

über die Gespräche vom 25. Juni mit Herrn  
Botschafter A. Reitbauer, Generalsekretär des  
Aussenministeriums sowie den Höflichkeitsbesuch  
bei Herrn Bundesminister W. Pahr

In der Analyse der internationalen Fragen und der spezifischen  
Traktanden zeigte sich eine grosse Uebereinstimmung.

Die vorliegende Notiz beschränkt sich auf die Darstellung der  
Elemente, die in operativer Hinsicht interessieren oder zusätzliche  
Informationen über österreichische Stellungnahmen liefern.

#### 1. Bilaterale Kontaktgespräche

Die Durchführung der Kontaktgespräche wird beiderseits positiv  
bewertet. Ein Zeitplan für die nächste Phase (s. Beilage 1) wird  
aufgestellt. Zusätzlich sollen die Verantwortlichen für die KSZE  
ihre Kontakte pflegen. Die Frage eines Konsularabkommens, dem BM  
Pahr als Symbol der guten Beziehungen grösste Bedeutung beimisst,  
wird anlässlich des Besuches auf Ministerebene behandelt. Pahr und  
Reitbauer sind über die bilateralen Beziehungen, die sich seit dem  
Besuch von BR Aubert erfreulich verstärkt haben, sehr erbaut.

#### 2. Tour d'horizon

##### a) KSZE

Kürzlich erfolgte Kontakte mit Spanien zeigen, dass von den Or-  
ganisatoren des Madrider Treffens wohl weder Denkanstösse noch genü-  
gende organisatorische Hilfe erwartet werden können. Pahr ist der  
Meinung, Spanien mangle es an "Ost-West-Gefühl". Sorgfältige Vorbe-  
reitung aller Teilnehmer ist also notwendig. Der schweizerische Hin-  
weis auf mögliche Massnahmen zur Beschränkung der Anzahl von Vor-



schlagen findet Interesse. Die Schweiz prüft auch die Möglichkeit, die Abrüstungsvorschläge des Warschau-Pakts auf eine Weise zu behandeln, die den organischen Zusammenhang mit der KSZE aufrechterhält, ohne die Madrider Konferenz übermässig zu belasten; eine Vorkonferenz von Vize-Ministern, wie sie Rumänien vorschlug, könnte die Materien aussortieren, die in Madrid behandelt würden, und jene, die einer weiteren Expertenkonferenz vorbehalten würden; - dieser letztere Rahmen würde dazu dienen, die Gedanken Frankreichs und der Sowjetunion (mit WAPA) in einem Aktionsprogramm zu formulieren. Die Neutralen könnten dabei eine nützliche Rolle übernehmen. Reitbauer scheint einem solchen Gedanken nicht abgeneigt, während Pahr dazu feststellt, dass die N+N keinesfalls als Block in Erscheinung treten könnten, da sie sich damit ihrer Möglichkeiten zum Brückenschlag begeben würden. Es wird beschlossen, im Herbst zwischen Schweiz, Oesterreich und Schweden nahen Kontakt zu pflegen, um die Möglichkeit eines Vorschlags der Neutralen, eventuell mit Jugoslawien oder gesamthaft als N+N zu prüfen. Bern würde um den 15./20. September zu einer Besprechung einladen.

Oesterreich wird die weiteren schweizerischen Bemühungen um das SRPD und die Informationsfreiheit unterstützen.

#### b) Abrüstung

Die Behandlung des Wapa-Memorandums ist parallel mit der KSZE-Frage aufgenommen worden. Es wird übereinstimmend festgestellt, dass die organische Verbindung aufrechtzuerhalten ist, um die KSZE thematisch nicht auszuhöhlen. Diese Ueberlegung wird auch von Frankreich geteilt. Exponenten von Polen (Dobro-Sielski) und CSR haben kürzlich in Wien geäußert, dass eine Loslösung der regionalen Abrüstungsfrage von der KSZE auch gar nicht ihre Absicht sei. Dagegen taucht Interesse daran auf, eventuell Albanien einzubeziehen. Generell dürften auch in den Wapa-Ländern erst gegen den Herbst klarere Vorstellungen über die Weiterbehandlung der Budapester Vorschläge bestehen. Oesterreich hat jedoch Wert darauf gelegt, nach einer ersten mündlichen Reaktion anlässlich des Besuches von Präsident Losonczy (28.-30. Mai), aufgrund eines Regierungsbeschlusses schriftlich auf das Memorandum zu antworten. Diese Antwort wird gleichentags dem ungarischen Botschafter überreicht (s. Pressemitteilung vom 26. Juni 1979; Beilage 2).

### 3. Naher Osten

Mit grosser Uebereinstimmung in der Analyse wird der Stand der Verhandlungen zwischen Aegypten und Israel gegenüber den anderen regionalen Kräften untersucht. Für Oesterreich ist, neben dem persönlichen Verhältnis zwischen Kreisky und Sadat, von Bedeutung, dass die Abkommen die Resolution des Sicherheitsrats erfüllen und den Beginn einer Global-Lösung darstellen. Stolpersteine bleiben die Frage der Souveränität über die besetzten Gebiete und die Ansiedler-Politik. Oesterreich als einziges Transitland für sowjetische Juden (16'000 Personen seit April) ist an letzterer Frage sehr interessiert. Ein auffallender Unterschied besteht bei der öffentlichen Meinung in der Schweiz und in Oesterreich gegenüber Israel.

Die Privilegien und Immunitäten des PLO-Büros in Wien richten sich nach einem Gesetz vom 22.12.1978, das ähnliche Verhältnisse wie in Genf herstellt.

Die Lage im Libanon erscheint den Oesterreichern als unverändert und hoffnungslos.

### 4. Konferenz der Blockfreien

Beide Gesprächsteilnehmer sind für ihr Land mit dem Statut des eingeladenen Gastes an den Konferenzen der Blockfreien zufrieden und wollen diese Möglichkeit auch in Havanna wahrnehmen. Die Kubaner geben hinsichtlich Dokumentationsmaterial noch keine klaren Zusagen. Die neutralen Gäste werden weiterhin in engem Kontakt bleiben. Pahr zweifelt noch, ob er den Delegierten bei der UNO der österreichischen Delegation in Havanna zugesellen soll, da die Verbindung zwischen Gipfel und UNO nicht evident ist.

### 5. Südliches Afrika

Oesterreich will Südafrika "etwas härter und restriktiver" behandeln. Das Sichtvermerksabkommen wurde gekündigt; das Agrément für einen südafrikanischen Militärattaché (welchen Zweck kann eine solche Ernennung verfolgen?) wird nicht mehr erteilt. Reitbauer definiert die Haltung als die Mitte zwischen denjenigen der Schweiz und Schwedens. Mit letzteren gab es anlässlich des Besuchs von AM Blix Differenzen hinsichtlich des Investitionsstops. Eine eventuelle Resolution des Sicherheitsrats über Sanktionen gegen Südafrika müsste von Oester-

reich befolgt werden. Man anerkennt trotzdem die Bemühungen der südafrikanischen Regierung, die Apartheid in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht abzuschaffen.

Zur Rhodesienfrage wurde übereinstimmend festgehalten, dass die abgehaltenen Wahlen keine Auswirkung auf die Haltung der Schweiz und Oesterreichs hätten.

#### 6. Kriegsmaterialexport

Die Kontakte der Schweiz mit Vertretern der UdSSR und USA über die Frage einer Beschränkung des Exports konventioneller Waffen interessieren Oesterreich sehr, obwohl es als kleiner Produzent von Kriegsmaterial und nur regionaler Exporteur (Lateinamerika, Maghreb) kaum berührt würde. Das Inkrafttreten des Kriegsmaterialgesetzes am 1.1.1978 in Oesterreich hat bisher weder zu parlamentarischen Anfragen noch zu gerichtlicher Auslegung Anlass gegeben. Die Anwendung ist relativ flexibel. Statistiken über die exportierten Waffenmengen bestehen nicht einmal intern.

Oesterreich ist jedoch als Grossabnehmer von schweizerischem Kriegsmaterial an der Frage interessiert, wie in Krisensituationen die Weiterlieferung von Ersatzteilen und Munition gewährleistet werden könnte. Weitnauer weist auf die politischen Aspekte dieser Frage hin sowie auf das Bestreben und das Interesse der Schweiz, Oesterreich zu helfen; eine Formel dafür wird nicht leicht zu finden sein; in der Angelegenheit, die mit Sympathie zur Kenntnis genommen wird, wird der Bundesrat zu informieren sein. Pahr anerkennt, dass heikle Neutralitätsprobleme aufgeworfen werden könnten. Botschafter Brunner bezieht sich seinerseits auf Bestrebungen in der Schweiz, den Waffenexport überhaupt auf neutrale Staaten zu beschränken. Diese Frage könnte bei den kommenden Kontakten über Abrüstung im September bilateral wieder aufgegriffen werden.

#### 7. Europarat - Europäisches Parlament

Reitbauer bezieht sich auf das Auftauchen auf der österreichischen politischen Szene von Illusionen über einen Beobachterstatus beim Europäischen Parlament (es handelt sich um Aspirationen der Kreise um Otto v. Habsburg). Davon können keine neuen Impulse für die Integration bezogen werden. Oesterreich und die Schweiz wollen

die Bedeutung des Europarates wahren, wobei das Niveau der Beteiligung nicht ausser Acht zu lassen ist, und auch der EFTA als europäischer Organisation mit vollem Mitspracherecht der Neutralen, ihren Sinn erhalten.

#### 8. Verschiedenes

Im Gespräch mit Bundesminister Pahr wurden noch folgende Fragen angeschnitten:

a) Die gegenwärtige politische Lage Spaniens: Minister Orejas Interesse für Neutralitätsfragen ist hinsichtlich seiner Intentionen nicht klar. Pahr hat diesem Gesprächspartner gesagt, dass die Neutralität für gewisse Länder geeignet sei, aber nicht unbedingt für Spanien anwendbar. Offensichtlich sind alle politischen Kreise Spaniens gegenwärtig voll mit innenpolitischen Fragen beschäftigt.

#### b) Flüchtlingsprobleme

Pahr möchte die bevorstehende Konferenz mit rein technischen und nicht politischen Fragen befasst und unter die Kontrolle des Hochkommissars gestellt wissen. Waldheim sei gleicher Meinung; die Einladungen würden nicht an alle Staaten gehen. Oesterreich beherbergt insgesamt 500 asiatische Flüchtlinge (300 aus Vietnam) und ist sich bewusst, für diese kein sehr attraktives Gastland zu sein.

#### c) Kontakte mit Moskau, Kulturabkommen

Wenn ein Kommuniqué abgefasst wird, erhält die Neutralität bei Besuchen in Moskau ohne Schwierigkeiten einen grossen Platz eingeräumt. Bei Pahr's letztem Besuch im Dezember 1978 wurde anstelle eines Kommuniqués eine nicht unterzeichnete Erklärung der Presse übergeben. Pahr und Reitbauer warnen vor den bürokratischen Folgen von abgeschlossenen Kulturabkommen. Im Falle Russlands erfolgt stets der Versuch, den kulturellen Austausch im Rahmen der sowjetisch-österreichischen Vereine (reine Mitläuferorganisationen der Kommunisten) zu kanalisieren. Oesterreich bremst jetzt und ist nur noch zu Programmdiskussionen über die Botschaften bereit.

---

Weiteres Programm für die bilateralen Kontaktgespräche

<u>Datum</u>	<u>Ort</u>	<u>CH-Teilnehmer</u>	<u>Oe-Teilnehmer</u>	<u>Traktanden</u>
September (nach Gipfel der Blockfreien)	Bern	Pol.Abt. III	Ges. Rudofsky	UNO
Oktober	Wien	Pol.Sekretariat	Ges. Bauer	Oststaaten - China
November	Bern	Pol.Abt. I  (+ eventuell Ges. Manz)	Ges. Linhart	Europa, EPZ, Amerika  Europarat, Atomenergie, NPT)
Dezember	Wien	Pol.Abt. II	Ges. Ullmann, Linhart, Plattner	Afrika - Asien - Latein- amerika
Januar	Bern	Völkerrechtsdirektion	Botschafter Herndl	Völkerrechtsfragen
Jan./Februar	Bern	Staatssekretär Weitnauer	Generalsekretär Reitbauer	

=====

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN OESTERREICH

Auszug aus Wiener Zeitung  
vom 26. 6. 79

*W. Zeitung 26/6/79*  
**Vertrauen erleichtert Abrüstung**  
**Österreichische Stellungnahme zum Vorschlag der Staaten des Warschauer Paktes**

Der ungarische Botschafter in Wien hat dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten am 22. Mai 1979 ein Aid-mémoire überreicht, in dem im Auftrag der Warschauer-Pakt-Staaten die Einberufung einer Konferenz auf politischer Ebene unter Teilnahme aller europäischen Staaten sowie der USA und Kanada zur Erörterung und Vereinbarung von vertrauensbildenden Maßnahmen, zur Verminderung der militärischen Konfrontation sowie zum nachfolgenden Abbau der Konzentration und zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen auf dem europäischen Kontinent vorgeschlagen wird. Gestern hat der österreichische Botschafter in Budapest dem Außenminister der Ungarischen Volksrepublik die österreichische Antwort übergeben, in der im wesentlichen folgendes ausgeführt wird: Ohne konkrete Abrüstungsmaßnahmen müssen alle Bemühungen um Vertiefung der Entspannung unglaubwürdig werden. Voraussetzung für effektive Abrüstungsschritte ist eine verbesserte Grundlage gegenseitigen Vertrauens. Österreich hat

sich deshalb seit jeher für vertrauensbildende Maßnahmen eingesetzt, die nach österreichischer Auffassung im Sinne der Evolutivbestimmungen der Schlußakte weiter ausgebaut werden sollen. Dabei kommt dem KSZE-Folgetreffen in Madrid eine besondere Aufgabe und Verpflichtung zu. In dem Bestreben, zur Schaffung günstiger Bedingungen für positive Ergebnisse dieses Treffens beizutragen, hat Österreich daher schon während der Belgrader KSZE-Konferenz vorgeschlagen, die nächste Folgekonferenz auf politischer, am besten Außenminister-Ebene, abzuhalten.

Österreich begrüßt alle Bemühungen zur Stärkung des Vertrauens, und somit grundsätzlich auch den Vorschlag des Warschauer Paktes zur Einberufung einer Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung, allerdings wird diese Konferenz die in sie gesetzten Erwartungen nur dann erfüllen können, wenn sie die Zustimmung aller europäischer Staaten, der USA und Kanadas findet, gründlich und sorgfältig vorbereitet und in organisatorischer Verbindung mit dem beschlossenen KSZE-Folgetreffen in Madrid durchgeführt wird.

Unter Bedachtnahme auf die vorstehenden Überlegungen ist Österreich bereit, in vorbereitende Gespräche über eine derartige Konferenz einzutreten, in deren Verlauf u. a. Zeit, Ort und Niveau sowie die Abgrenzung der Verhandlungsthemen und das Verhältnis zum Madrider Treffen sowie zu anderen Treffen über Fragen der Abrüstung in Europa näher bestimmt werden müßten. Sollte eine rechtzeitige Einberufung vor dem Madrider Treffen nicht möglich sein, könnten diese Fragen nach österreichischer Ansicht auch Gegenstand der Beschlussfassung durch das KSZE-Folgetreffen in Madrid selbst sein.

aja



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN ÖSTERREICH

A 1030 WIEN, den 26. Juni 1979  
Prinz Eugen-Strasse 7  
Telephon Nr. 72 51 11-15  
Telex: (023) 1.29.60

Ref.: 054.1 - CA/pa

VERTRAULICH

p.B. 15. 21. Au. (18)

Herrn Staatssekretär  
A. Weitnauer  
EDA

3003 B e r n

Herr Staatssekretär,

./.  
Im Anschluss an Ihren Besuch in Wien sende ich Ihnen in der Beilage eine von Herrn Caratsch verfasste Notiz, in welcher auch meine Zusammenfassung des Gesprächs mit Bundesminister Pahr berücksichtigt wurde.

Ich versichere Sie, Herr Staatssekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

  
René Keller

Beilage erwähnt